

PRESSEKONFERENZ

Thema:

„Aktuelle Herausforderungen im Hinblick auf psychische Gesundheit“

Teilnehmer:

OMR Dr. Johannes Steinhart

Präsident der Österreichischen Ärztekammer

Prof. Dr. Dietmar Bayer

stv. Obmann der Bundeskurie niedergelassene Ärzte

Univ.-Prof. Dr. Paul Plener, MHBA

Leiter der Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Medizinischen Universität Wien, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie (ÖGKJP)

Zeit:

Dienstag, 17. Juni 2025, 11:00 Uhr

Ort:

Österreichische Ärztekammer

Veranstaltungszentrum 1. Stock, Saal 3

Weihburggasse 10-12, 1010 Wien

Psychische Gesundheit: „Hinschauen statt Wegschauen“

Der erschütternde Amoklauf in einer Grazer Schule hat einmal mehr die hohe Bedeutung des Faches Kinder- und Jugendpsychiatrie, aber auch der Erwachsenenpsychiatrie in den Fokus gerückt. Ein Fazit: Dem Thema psychische Gesundheit muss wesentlich mehr Aufmerksamkeit zukommen.

„Das tragische und verstörende Drama in Graz führt bei den meisten Menschen zu der Frage: Lässt sich so etwas verhindern, und wenn ja, wie?“, eröffnete Johannes Steinhart, Präsident der Österreichischen Ärztekammer, sein Statement im Rahmen der Pressekonferenz. „Bei uns Ärztinnen und Ärzten rückt dabei die hohe Bedeutung der psychischen Gesundheit und ihrer Förderung in den Fokus unserer Überlegungen: Was kann die moderne Medizin dazu beitragen, dass durch eine möglichst breit angelegte, bestmögliche Prävention und Früherkennung psychosozialer Krisen gar nicht erst zu Gewaltexzessen kommt. Und was können wir beitragen zu einer guten psychosozialen Behandlung der Überlebenden und ihrer Angehörigen? Und darüber hinaus zu einer flächendeckenden psychosozialen Betreuung nicht nur von Kindern und Jugendlichen, sondern aller Menschen in Österreich, die einer solchen Betreuung bedürfen.“

Leider haben zahlreiche Studien gezeigt, dass die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren gelitten hat, erinnerte Steinhart. Umso wichtiger sei es, die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung in Österreich zügig auszubauen und auf das Niveau anzuheben, das diesem wichtigen Gesundheitsthema zukommt.

„Die derzeitige Versorgungssituation zeigt allerdings den enormen Handlungsbedarf, der hier auf die österreichische Gesundheitspolitik zukommt“, unterstrich Steinhart und verwies auf die Wartezeitenstudie der Ärztekammer für Wien, die im vergangenen Jahr gravierende Versorgungsmängel im psychiatrischen Bereich offengelegt hatte, vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie. „Hier betrug die Wartezeit auf einen Termin im Median 90 Tage, das ist der traurige Platz eins unter allen abgefragten Fächern. 40 Prozent aller kontaktierten Ordinationen können gar keine neuen Patientinnen und Patienten mehr aufnehmen – auch dies ein negativer Spitzenplatz, der nur noch von der Kinder- und Jugendheilkunde übertroffen wird“, so Steinhart, der ergänzte: „In der Erwachsenenpsychiatrie sah es nicht viel besser aus: Hier konnten 20 Prozent der Ordinationen keine Patientinnen und Patienten mehr aufnehmen, die Wartezeit auf einen Termin betrug im Median 37 Tage.“

Politik und Sozialversicherungen seien also unübersehbar gefordert, in diesem Bereich die Versorgungsdichte und Versorgungsvielfalt zügig auszubauen, hielt der ÖÄK-Präsident fest. „Dazu wird es auch erforderlich sein, einerseits für mehr Ausbildungsplätze im kinder- und jugendpsychiatrischen Bereich zu sorgen. Und andererseits die Rahmenbedingungen dieses Faches so zu fördern und anzupassen, dass es für Ärztinnen und Ärzte attraktiver wird, darin zu arbeiten. Aber natürlich geht es ganz oben auf der Prioritätenliste auch um Aufklärung und Früherkennung.“

Sinnvoll sei es, mit psychosozialer Prävention und Intervention dort anzusetzen, wo die Menschen leben, lernen und arbeiten, und wo sie gut erreichbar sind. „Das sind bei Kindern und Jugendlichen die Schulen. Dort kann informiert und aufgeklärt werden, dort können psychiatrische Beschwerden und Erkrankungen entstigmatisiert werden, dort kann beraten werden und ggf. zu einer Untersuchung und Behandlung geraten werden“, so Steinhart, der eine verbindliche Integration von psychosozialer Aufklärung in die Lehrpläne der Schulen forderte. „Schülerinnen und Schüler müssen wissen, worum es bei psychosozialen Krisen geht, auf welche Anzeichen sie bei sich und anderen achten sollten, und wo es psychosoziale Erste Hilfe gibt. Und natürlich müssen Lehrerinnen und Lehrer entsprechend instruiert und geschult werden“, betonte Steinhart. Die bestehenden Anlaufstellen und Hilfsangebote

müssten verstärkt bekannt gemacht und gegebenenfalls entsprechend ausgebaut werden. Es müsse zunehmend als Selbstverständlichkeit gesehen werden, bei Bedarf von solchen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Außerdem müssten zum Beispiel die Möglichkeiten einer niedrigschwelligen Online-Krisenintervention oder auch Psychotherapie bedarfsgerecht ausgebaut werden, so der ÖÄK-Präsident. In adaptierter Form gelte das alles auch für Erwachsene und ihre Arbeitsplätze.

„Auf den Punkt gebracht heißt das: Hinschauen statt Wegschauen, aktives Zuhören statt Weghören, Hilfsangebote und ärztlichen Rat einholen statt einfach Zuwarten“, sagte Steinhart. Der psychischen Gesundheit müsse in der öffentlichen Wahrnehmung, aber auch bei den finanziellen Prioritätensetzungen der Gesundheitspolitik und der Sozialversicherungen ein höherer Stellenwert gegeben werden. „Das Ziel muss sein, dass bei eigenen, oder bei anderen beobachteten psychosozialen Krisen gut informierte Menschen professionelle Angebote in Anspruch nehmen, die es dann auch in ausreichender Qualität und Quantität gibt“, schloss Steinhart.

Bayer: Integration der Kinder- und Jugendpsychiatrie in bestehende Kinder-PVEs

„Der Mangel an Kinder- und Jugendpsychiatern in Österreich, besonders im niedergelassenen Bereich, ist ein akutes und wachsendes Problem mit weitreichenden Konsequenzen für die psychische Gesundheit der jungen Generation“, sagte Dietmar Bayer, stellvertretender Obmann der Bundeskurie niedergelassene Ärzte und Facharzt für Psychiatrie u. Psychotherapeutische Medizin im steirischen Leibnitz: „Die Zahlen zeigen uns, dass es in Österreich gerade einmal 59 Kassenärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt, also 0,64 pro 100.000 Einwohner. Selbst wenn man alle niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte mit der Fachberechtigung Kinder- und Jugendpsychiatrie bzw. Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapeutische Medizin zählen würde, käme man auf eine Quote von gerade einmal 1,49 pro 100.000 Einwohner.“ Auch in der „Erwachsenenpsychiatrie“ liege Österreich international im Hintertreffen: 408 Kassenärzte für Psychiatrie bedeuten eine Quote von 4,4 pro 100.000 Einwohnern, legte Bayer dar und ergänzte. „Der Blick in die Zukunft gibt noch zusätzlichen Grund zur Sorge: 24 Prozent der Kinderpsychiater und 37 Prozent der Erwachsenenpsychiater erreichen in den nächsten 5 Jahren das Pensionsalter, schon jetzt sind 21 Prozent bzw. 11 Prozent (Kinder- und Jugendpsychiatrie) älter als 65 Jahre.“

Daher sei, so Bayer, eines klar: „Eine koordinierte, umfassende und nachhaltige Strategie zur Stärkung der Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist unerlässlich, denn die Investitionen sind Investitionen in die gesunde Entwicklung, das Wohlbefinden und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.“ Eine Möglichkeit des Ausbaus wäre die Integration der Kinder- und Jugendpsychiatrie in bereits bestehende Kinder-Primärversorgungseinheiten sowie die Möglichkeit, eigenständige psychiatrische Primärversorgungseinheiten (PVE) gründen zu können. Zudem sollten regionale, vernetzte Versorgungsnetzwerke mit Schwerpunkt auf die psychische Gesundheit zwischen allen Sektoren – ambulant, tagesklinisch, stationär – aufgebaut werden, sagte Bayer

„Sowohl bei Kindern und Jugendlichen, als auch bei Erwachsenen muss die psychiatrische Versorgung verbessert werden, das fordern auch die medizinischen Fachgesellschaften zu Recht. Das bedeutet: deutliche Steigerung der Facharztausbildungsstellen sowohl in der Kinder- als auch in der Erwachsenenpsychiatrie sowie Sicherstellung ausreichender qualifizierter Ausbilder und Rotationsmöglichkeiten“, führte Bayer aus.

„Es ist notwendig, dass die Politik die psychiatrische Versorgung der Gesamtbevölkerung stärker priorisiert, das medizinische Fach als Schlüsselbereich für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und die Auswirkungen auf Bildung und soziale Integration erkennt – so können psychische Probleme auch die Schulleistungen beeinträchtigen und die soziale Ausgrenzung

fördern“, forderte Bayer. Gerade auch im Sinne einer Prävention müsse der Fokus stark auf die Frühintervention gesetzt werden, denn psychische Erkrankungen würden oft erst im fortgeschrittenen Stadium erkannt. „Es ist ganz klar, dass das nicht von selbst kommen wird. Die Politik sollte hier massiv Geld in die Hand nehmen, nicht nur trotz des aktuellen Budgetlochs, sondern gerade deshalb. Wir wissen, dass Menschen in schwierigen Situationen noch mehr Unterstützung benötigen. Investitionen in die Gesundheit der Menschen machen sich langfristig bezahlt“, so Bayer.

Die Versorgungsziele des Österreichischen Strukturplans Gesundheit seien bisher nicht erreicht worden. „Für die flächendeckende Versorgung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie auch der Erwachsenenpsychiatrie ist es daher unbedingt notwendig, dass die Österreichische Ärztekammer beziehungsweise auch die Landesärztekammern in den jeweiligen Zielsteuerungskommissionen mit Sitz und Stimme vertreten sind“, betonte Bayer.

Plener: Versorgungsmangel trifft auf deutlich steigende Nachfrage

„Die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung steht vor vielen Herausforderungen“, betonte auch Paul Plener, Leiter der Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Medizinischen Universität Wien und Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie (ÖGKJP). „In den vergangenen Jahren konnten viele Verbesserungen umgesetzt werden, wie etwa eine Veränderung des Ausbildungsschlüssels, das Schaffen einer Rechtssicherheit für die Weiterbehandlung bis zum 25. Lebensjahr, und die Aufnahme der KJP als Wahlmodul für die neue Ausbildungsordnung für Allgemeinmedizin“, hielt Plener fest. Dennoch existiere ein Mangel an kinder- und jugendpsychiatrischen Behandlungsplätzen im niedergelassenen wie im stationären Setting bei gleichzeitig deutlich steigender Nachfrage nach kinder- und jugendpsychiatrischer Versorgung. Um das Fachgebiet qualitätsgesichert auszubauen, benötige es weitere Veränderungen in verschiedenen Bereichen. Neben dem Ausbau der stationären Behandlungsplätze, müssen stationsäquivalente Behandlungsformen wie das Home-Treatment in die Regelbehandlung überführt werden. „Parallel dazu benötigt es einen Ausbau der kassenfinanzierten kinder- und jugendpsychiatrischen Behandlungsplätze im ambulanten Bereich“, so Plener, der ergänzte: „In der Versorgung ist darauf zu achten, dass die Gruppe der psychisch kranken Kinder und Jugendlichen auch in der Sicherstellung der medikamentösen Versorgung berücksichtigt wird. Ebenso ist zu fordern, dass die Überweisungspflicht für Fachärzte in der Kinder- und Jugendpsychiatrie keine Anwendung findet und auch im niedergelassenen Bereich die Finanzierung der Weiterbehandlung über das 18. Lebensjahr hinaus gesichert ist.“ Zudem benötige es eine Attraktivierung der Ausbildung, durch eine volle Übernahme der Ausbildungskosten durch die Länder und die Förderung von Lehrpraxen, unterstrich Plener.